



HESSISCHER LANDTAG

17. 07. 2014

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Religionsfreiheit und Rechtsstaat gegen Fundamentalisten verteidigen - Salafismus in Hessen bekämpfen - weltoffene Gesellschaft schützen, Sicherheit und Demokratie bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt den Stellenwert der Religionsfreiheit und unterstreicht, dass alle Menschen in Hessen frei und unbedrängt ihren Glauben leben können. Hessen als Land im Herzen Europas ist stolz auf seine lange Geschichte der Integration eingewanderter Menschen und die Achtung ihrer Glaubensbekenntnisse. Es ist wichtige Aufgabe des Staates, auch ihre Glaubensfreiheit und die freie Religionsausübung zu schützen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen gut integriert ist und zu einem friedlichen Miteinander beiträgt. Wir sind stolz auf die weltoffene, freiheitliche Gesellschaft und die demokratisch-rechtsstaatliche Friedensordnung, die wir gemeinsam in Deutschland und Hessen geschaffen haben.
3. Der Landtag sieht mit Sorge jede Form von religiösem Extremismus unabhängig davon, welche Gruppen welche Religion für ihre Zwecke missbrauchen. In Hessen gibt es auch islamistische Gruppierungen, deren Anhänger die Religionsfreiheit abzuschaffen streben, indem sie anderen ein Leben nach ihren religiösen Maßstäben vorschreiben wollen. Der Landtag stellt fest, dass für Extremismus, Rassismus und Antisemitismus in Hessen kein Platz ist. Religion darf nicht für Extremismus missbraucht werden. Terroristen und Extremisten, die unser friedliches, plurales und demokratisches Miteinander bekämpfen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes abschaffen wollen, werden wir entschlossen bekämpfen. Hierzu sind starkes zivilgesellschaftliches Bewusstsein, die Überzeugung und das Überzeugen anderer von der Richtigkeit unserer Verfassungs- und Werteordnung und das Eintreten für diese Ordnung genauso wichtig wie staatliches Handeln. Parallelgesellschaften und rechtsfreie Räume, in denen die Geltung unserer Rechtsordnung infrage gestellt wird, sind nicht akzeptabel.
4. Der Landtag erklärt, dass die gesamte Gesellschaft gegen Terrorismus und Extremismus nachhaltig und entschlossen vorgehen muss. Deshalb muss konsequent auch gegen Salafisten und andere religiöse Extremisten, gegen die Ausbildung deutscher Staatsangehöriger zu Terroristen im Ausland und die Verbreitung extremistischen Gedankenguts vorgegangen werden. Fundamentalismus, der unter Ausnutzung der in Deutschland und Hessen gewährten Religionsfreiheit diese abzuschaffen sucht, um langfristig einen islamischen Gottesstaat zu errichten, ist eine Bedrohung für das freie und friedliche Miteinander in unserem Land. Alle Menschen in Hessen, gleich woher sie stammen oder welcher Religion sie angehören, sind dazu aufgerufen, diesem Extremismus entgegenzutreten. Der Landtag ruft besonders auch alle Menschen, die sich zum Islam bekennen, auf, in den Gemeinden und Moscheen fundamentalistischen Bestrebungen entgegenzutreten.
5. Der Landtag begrüßt, dass das Land dem Salafismus sowie allen Formen des Extremismus mit präventiven und repressiven Maßnahmen gleichermaßen begegnet, beträchtliche Mittel zur Bekämpfung des Extremismus aufwendet und dieses Engagement fortführen und intensivieren möchte. Der Ausbreitung des religiösen Extremismus wird durch Maßnahmen zur Verhinderung von Reisen in islamistische Ausbildungslager im Ausland und verstärkte Prävention sowie Deradikalisierungsmaßnahmen begegnet.

Der Landtag betont, dass Prävention und Deradikalisierung auch für den Bereich des Justizvollzugs entscheidend sind. Dort muss der Bekämpfung von Extremismus und politisch motivierter Kriminalität jeglicher Ausprägung besondere Aufmerksamkeit gelten. Deshalb sind eine entsprechende Ausbildung sowie eine ständige Sensibilisierung und Fortbildung der Bediensteten im Vollzug erforderlich. Zudem kommt in Betracht, auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen ausgerichtete Angebote zu vermitteln. Im Jugendvollzug ist das Wohngruppenprojekt eine wichtige Präventionsmaßnahme, die auf sozialverträgliches Handeln und gegenseitige Toleranz zielt.

6. Der Landtag begrüßt, dass das bestehende Beratungsnetzwerk ausgebaut und ein eigenes Aussteigerprogramm geschaffen wird. Ein Landesprogramm für verstetigte und dauerhafte Präventions- und Interventionsarbeit wird Terrorismus und Extremismus verstärkt vorbeugen, um den verschiedenen extremistischen Bedrohungen mit jeweils geeigneten Maßnahmen zu begegnen. In Ergänzung dieser Maßnahmen wird die geplante Anhörung des Landtags ein hilfreicher Bestandteil sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. Juli 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)